

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-298  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenstellung:  
Gesellschaft 9-3 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

## Reichstag am 5. Januar.

### Wallrafs letzte Amtshandlung.

Der Präsident des Reichstags, Wallraf, teilt mit: Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Montag, den 5. Januar 1925, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

### Die Pariser Verhandlungen.

#### Wiedertreffen der deutschen Delegation.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden am Dienstag hier erwartet. Vom Handelsminister sind die nötigen Anordnungen getroffen worden, um am Mittwoch bereits die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu ermöglichen.

### Die Räumungsfrage.

#### Keine amerikanische Intervention.

London, 30. Dezember. (W.T.B.) Der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission Logan erklärte dem Pariser Berichterstatter einer Nachrichtenagentur, daß die Mitteilung, er habe von Staatssekretär Hughes Anweisungen erhalten, inoffiziell den Alliierten die Ansicht der amerikanischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, daß der Erfolg des Dawes-Planes zum größten Teil von einer günstigen Regelung des Problems der Räumung Kölns abhängt, unwahr sei. Er fügte hinzu, er erwarte keine derartigen Anweisungen.

### Die Note der Alliierten an Deutschland.

#### Unstimmigkeit in der Frage der Notifizierung.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Legationsrat einer Note, die den Beschluß der Botschafterkonferenz der deutschen Regierung mitteilen soll, ist bekanntlich bereits fertiggestellt und an die zuständigen Regierungen abgegangen. Das Blatt „Deuore“ schreibt dazu, wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris bestände, so nur in der Frage der Notifizierung des Beschlusses der Botschafterkonferenz an Deutschland. Frankreich hat seinen Alliierten den Entwurf eines Memorandums vorgelegt, der die Berichte der Kontrollkommission benutzt, um zu zeigen, daß Deutschland die Entwehnungsbestimmungen nicht erfüllt hat und daß daher die Befragung der ersten Zone verlängert werden müsse. England wünscht dieser Note nur einen vorläufigen Charakter zu geben und die endgültige Darstellung der Lage einer zweiten Note vorzubehalten, die die alliierten Regierungen nach Fertigstellung des endgültigen Berichts der Kontrollkommission an Deutschland zu richten hätten.

Paris, 30. Dezember. (W.T.B.) Nach einem Londoner Telegramm des „Matin“ hält die britische Regierung daran fest, daß die Note, die die Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung in der Frage der Räumung der Kölner Zone richten werde, rein provisorischen Charakter habe, da der Schlußbericht der Kontrollkommission noch vorliege. Man spricht nach dem Berichterstatter in englischen Kreisen, wo man an dem guten Willen Deutschlands nicht zweifelt, sogar davon, daß die Räumung der Kölner Zone verbunden mit der des Ruhrgebiets in Mai erfolgen könne.

### Frankreich erlaubt's!

#### Also her mit dem Bürgerblock.

Die „Nationalpost“ redet dem Zentrum im Guten zu, es doch um Gotteswillen mit dem Bürgerblock zu versuchen. Es sei doch gar nicht so gefährlich, selbst in Frankreich finde man nichts an einem Bürgerblock in Deutschland. Zum Beweis zitiert die „Nationalpost“ den „Temps“, in dem geschrieben stand:

„Wenn die Wahlen eine Rechtsregierung ergäben, warum sollte man denn nicht ohne große Gefahren eine Rechtsregierung bilden?“

Bei dem schlimmsten Heißblatt gegen Deutschland auf diese versteckte Weise das Zentrum für eine Rechtsregierung zu animieren sucht, muß der Bürgerblock gebildet werden. Die politische Logik der „Nationalpost“, die den „Temps“ als Schwurzeugen anruft, ist reizend.

### Elsaß-Lothringen und Frankreich.

#### Vereinheitlichung der Verwaltung.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Kommissionsbericht zur Gesetzesvorlage über die Aufhebung des Generalsekretariats für Elsaß-Lothringen liegt nun vor. Diese Maßnahme stellt eine zweite Etappe in der Rückkehr Elsaß-Lothringens zum französischen Verwaltungsregime dar. Das Ziel der Gesetzgebung, sagt der Bericht, sei eine vollkommene Vereinheitlichung der Verwaltung. Frankreich sei kein Bundesstaat und könne daher nicht dulden, daß ein Teil seines Gebiets seine besonderen Gesetze und seine eigene Verwaltungsorganisation habe. Aber auch das Landesinteresse von Elsaß-Lothringen erfordere, daß diese Provinzen sich dem übrigen Teil der Nation anpassen, sonst laufen sie Gefahr, geistig und moralisch isoliert zu bleiben.

### Günstige Konjunktur in England.

London, 30. Dezember. (W.T.B.) „Daily Express“ schreibt, daß alle Zweige der englischen Industrie dem Jahre 1925 mit großen Hoffnungen entgegensehen. Die Handelsbeziehungen hätten sich seit dem

Herbst ständig gebessert und die Lage sei besser als früher. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß eine günstige Konjunktur im kommenden Jahr sicher sei. Der Bund der britischen Industrie sagt auf der Grundlage der von ihm angestellten Nachfrage eine weitere günstige Entwicklung des Welthandels voraus. Auch das Regierungsdepartement für den Ueberseehandel konstatierte gestern, daß die Aussichten für das neue Jahr günstig seien und man könne einen starken Aufschwung in allen Industriezweigen erwarten. Der gestrige Rekordstand des Pfundfußes scheine ebenfalls darauf hinzuweisen, daß die Lage mit Optimismus betrachtet werden könne.

### Hessischer Landtagszusammentritt.

Darmstadt, 30. Dezember. (W.T.B.) Die Mitglieder des hessischen Landtags trafen gestern mittag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten zusammen. Der bisherige Präsident Adlung (Soz.) wurde mit 65 Stimmen wiedergewählt. Die vier Kommunisten stimmten für den Abgeordneten Greiner. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Ruff (Zentr.) und Dr. v. Helmbold (Bauernbund) wiedergewählt. Präsident Adlung übernahm den Vorsitz und verlas ein Schreiben des Staatspräsidenten Ulrich, wonach die Mitglieder des Gesamtministeriums ihre Ämter in die Hände des Landtags zurücklegten. Die Regierungsbildung wurde auf die nächste noch nicht anberaumte Sitzung verschoben.

### Wahlen in Detmold.

Detmold, 30. Dezember. (W.T.B.) Für die Landtagswahl in Sippe sind sieben Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und von zwei kleineren bürgerlichen Interessengruppen. Die Deutsche Volkspartei hat mit dem Zentrum ein Wahlabkommen getroffen, demzufolge die fünfte Stelle auf der wahlparteilichen Liste einem Kandidaten des Zentrums eingeräumt wird.

### Schl. tre Sorgen.

#### Ludendorff und Rupprecht.

München, 30. Dezember. (W.T.B.) Die „München-Lugsburger Abendzeitung“ bestätigt, daß zwischen den Vertrauensleuten des Kronprinzen Rupprecht und des Generals Ludendorff Besprechungen stattgefunden haben, um zwischen den beiden Herren wenigstens einen gesellschaftlichen modus vivendi zu schaffen.

### Stahlhelm auf Reisen.

#### Verhaftungen in der Tschechoslowakei.

Prag, 30. Dezember. (W.T.B.) Die tschechoslowakische Presse (bureaus.) Ein Roman, der sich bei der Wache auf dem Masaryk-Bahnhof in Prag als Erich Krüger aus Bremen meldete und angab, daß ihm im Schnellzug von Bodenbach nach Bobositz eine Handtasche gestohlen worden sei, wurde als verdächtig an die Sicherheitsabteilung gemeldet, wo er nach langem Beugnen gestand, der 37-jährige Beamte Paul Martin Zierstein in aus Magdeburg zu sein. Zierstein floh aus Deutschland aus Furcht vor Strafe, weil er Angehöriger des Stahlhelm war und als Offizier im geheimen neue Mitglieder der Stahlhelmorganisation ausbildete. Als er verhaftet werden sollte, floh er mit vier Genossen über die Grenze. Zufällig stellte es sich heraus, daß auch ein anderes Mitglied des Stahlhelm in die Sicherheitsabteilung eingeliefert worden war. Es war dies der 23-jährige Arbeiter Paul Seiffert aus Magdeburg, der wegen Diebstahlsversuchs am 7. Dezember ergriffen, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt und zur Abkürzung der Strafe der Sicherheitsabteilung eingeliefert wurde. Seiffert und Zierstein erkannten einander sofort. Die beiden verhafteten Ausländer wurden vorläufig in Untersuchungshaft belassen.

### Keine Hinrichtungen in Litauen.

#### Begnädigung der zum Tode verurteilten litauischen Kommunisten.

Memel, 30. Dezember. (W.T.B.) Wie berichtet, waren vor einiger Zeit in Kowno vier Kommunisten wegen Verbreitung aufreißerischer Schriften zum Tode verurteilt worden. Das Urteil hätte am Tage vor Weihnachten vollstreckt werden müssen; indessen hat der Staatspräsident die Verurteilten zu lebenslänglichem bzw. 10 Jahren Zuchthaus begnadigt.

### Gärung in den Balkanländern.

#### Maßnahmen gegen die Kommunisten.

Bukarest, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die rumänische Regierung hat mit der strengen Verfolgung der Kommunisten, über die sich die Balkanregierungen einig sind, als erste begonnen. In den verschiedensten Städten Rumaniens sind am Dienstag und Mittwoch 500 Kommunisten die Mitglieder geheime Verbindungen waren, verhaftet worden.

Belgrad, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die serbische Regierung hat als erste Maßnahme gegen die kommunistische Agitation im Lande ein Gesetz zur Verdrängung des Staatswesens erlassen. Durch dieses Gesetz verfällt die radikal-republikanische Bauernpartei Stephan Raditschs der Auflösung, weil sie in engen Beziehungen zur 3. Internationale steht. Die Führer dieser Partei werden von der politischen Polizei dauernd beobachtet.

## Tschechoslowakische Krise.

### Neuwahlen im Frühjahr.

Aus der Tschechoslowakei schreibt man uns: In der Vorweihnachtsession hatte das Parlament drei große Arbeiten zu bewältigen: die Alters- und Invalidenversicherung, das Staatsbudget und die Vorlagen über Staatsangestelltenabbau, Regelung der Staatsangestelltenverhältnisse und über die Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung.

Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz war Programmpunkt aller bisherigen Regierungen. Die Vorlage aber kam erst unter gesteigertem Druck der sozialistischen Parteien ins Parlament und zur Abstimmung. Bürgerliche Parteien setzten alles daran, um das Gesetz zu verhindern. Im letzten Moment wollten die Agrarier nur gegen Einführung von Agrarzöllen für die Sozialversicherung stimmen. Auch dieser Angriff ist abgefallen worden; es blieb nur die Ausdehnung der Arbeitersozialversicherung auf selbständig erwerbstätige Personen (Gewerbetreibende, Kaufleute, kleine Landwirte usw.).

Die Hauptmitarbeiter an diesem Werk waren von der deutschen Sozialdemokratie Genosse Taub, für die tschechischen Genossen Dr. Leo Winer und Johanis. Der kommunistische Abgeordnete Kutschera, der hierbei volles Arbeiterpflichtbewußtsein an den Tag legte, wäre bald um den Kragen gekommen, da ihn seine Mitgenossen als einen Sozialpatrioten und Verräter des Moskauer Tamnuds brandmarkten. Für die Arbeiter vom 60. Lebensjahre an, die aus dem Wirkungskreis des Gesetzes ausgeschlossen sind, hat man besondere Vorkehrungen getroffen. Nun ist aber das Inkrafttreten des Sozialversicherungsgesetzes an die Ausarbeitung eines gleichen Gesetzes für die selbständigen Personen gebunden! Die bürgerlichen Parteien benutzten diese organische Verbindung zu einer Sabotage der Arbeiterversicherung, sie „konnten sich nicht einigen“ über die Details und die Grundlage des zweiten Entwurfes. Um der Sabotage ein Ende zu machen, legte die Regierung ein eigenes Sozialversicherungsgesetz für selbständig erwerbstätige Personen vor. Dieser Entwurf befindet sich zurzeit im sozialpolitischen Ausschuss. Die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System gemäßigt noch ihrer Kodifizierung.

Die parlamentarische Verhandlung des Staatsvoranschlags ging diesmal unter voller Abwesenheit der nationalen Minderheitsparteien vor sich, die bei Beginn der Debatte eine Protesterklärung abgegeben hatten. Vom Standpunkt der Koalitionsparteien mag es zwar begreiflich sein, wenn alle oppositionellen Änderungsanträge einfach niedererstimmt werden, aber diese „Selbstverständlichkeit“ ist vom Standpunkte des Parlamentarismus und der gegebenen Verhältnisse schon weniger selbstverständlich. Denn es gibt wahrlich viele an dem Staatskostenvoranschlag auszusetzen, was übrigens auch die tschechische Sozialdemokratie in der Debatte tat. Das betrifft in erster Linie die Ausgaben für rein militärische Zwecke, die unter dem agrarischen Landesverteidigungsminister Marzal ihre größte Höhe erreichten. Weiter ist es die trotz allen Versprechungen sich jährlich wiederholende verspätete Vorlage des Budgets, die den Kammern nur spärlich die Möglichkeit gibt, zum Voranschlag zu sprechen, aber nichts mehr, als eben nur zu sprechen. Das Parlament ist in allen Angelegenheiten nur der zur Kenntnis nehmende Faktor. Die eigentliche parlamentarische Arbeit vollzieht sich im sogenannten „Zünferauschuh“ (Vestla) der fünf koalitierten Parteien. Von diesen fünf Allmächtigen sind drei gleichzeitig Minister. Wögen die Lobfänger der „nationalen Koalition“ dieses System noch so hoch preisen, eines ist sicher: daß es ungesund ist und in breitesten Schichten der Bevölkerung, besonders aber in der Arbeiterschaft Mißfallen erweckt. Denn dieses System deckt logisch — wenn auch unwillkürlich — Sachen und Affären, mit denen in anderen Verhältnissen gründlich abgerechnet werden müßte.

Die zuletzt verabschiedeten Staatsangestellten-Abbaugesetze beabsichtigen gleichzeitig die rechtlichen und materiellen Verhältnisse der Staatsangestellten zu regeln, wodurch die Schäden, die der Angestelltenchaft die „Gehaltsregelung“ vom Jahre 1922 verursachte, gutgemacht werden sollen. Es sollen im Laufe des kommenden Jahres zunächst 10 Proz. der Angestellten entlassen werden unter Abbilligung von Abfertigungen bzw. Pensionen. Man schätzt die Anzahl der Staatsangestellten auf ungefähr 600 000, darin sind aber auch die Bediensteten der Eisenbahnen, der Post, des Tabakmonopols, staatlicher Eisenwerke usw. inbegriffen. Im Staatsbudget auf 1925 beanspruchen die Personalausgaben zwei Drittel der Gesamtsumme. Aber die eigentliche Belastung lag weniger im Personalstand, als in der schwerfälligen Administration. Die Nichtabgebauten erhalten eine gewisse Aufbesserung, und gleichzeitig wird eine höchst notwendige Verwaltungsreform durchgeführt. Die Gehaltsregelung erfordert über eine halbe Milliarde Kronen, die erstens durch Verwaltungsreformen und Angestelltenabbau ausgetrieben werden, zweitens durch Steuern auf Luxusautos, Kartenspiel, amtlicher Informationserteilung (da scheinen unsere kamolten Verwaltungsgebühren Schule gemacht zu haben) und schließlich durch Erhöhung der Stempelgebühren, Eisenbahnfahrpreise und Telefongebühren. Dies sind zwar keine populären Abgaben, sie sind aber nicht so belastend, wie zum Beispiel die Agrarzölle oder Erhöhung der Zuckerteuer um 250 Kronen pro Kilogramm, was die Nationaldemokraten beargwöhnt haben.

Die Parteien und Gruppen bereiten sich langsam aber sicher für die Wahlen vor. Das wird auch durch die Spaltung der agrarischen Partei, der Partei des Ministerpräsidenten deutlich. Der rechte Flügel unter dem Spiritusforruptionär Senator Fra sch e bildete in diesen Tagen eine selbständige agrarische Partei mit ausgesprochen konservativem Charakter, der nun die reaktionärsten Elemente zuströmen werden. Herr Prunke, dem der „linke Kurs“ des Staatspräsidenten Masaryk ein Greuel ist, eröffnet den Kampf unter der Parole: „Kurs nach rechts!“

Auch die Klerikalen, von der slowakischen Hintarkirche gedrängt, rufen nach neuen Wahlen, um die Durchführung der Trennung der Kirche vom Staat, einen der letzten Regierungsprogrammpunkte, zu verhindern.

Die Kommunisten stehen der politischen Entwicklung ratlos gegenüber. Im Innern der Partei Postenstürzen, Fensterklirren — Kampf zwischen rechts und links.

Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands, die bis zum neuen Jahr erledigt werden sollte, ist wiederum verschoben worden, bis im Schoß der Koalition „eine notwendige Einigung“ erzielt wird. Die sozialistischen Parteien sind für die Anerkennung Sowjetrußlands, welcher nur die Nationaldemokraten feindlich gegenüberstehen, obwohl ihre Anhänger, soweit sie sich aus den Industriellenkreisen rekrutieren, nach einer definitiven Regelung des Verhältnisses zu Rußland unaufhörlich rufen.

Die Wahlperiode endet erst 1926, man spricht jedoch viel von Neuwahlen im Frühjahr. Infolge der Schäden, die die Kommunisten in der Arbeiterbewegung angerichtet haben, würde der Wahlausgang eine bedeutende Stärkung der Rechten bringen, hauptsächlich der Klerikalen bringen. Daran hat natürlich die Arbeiterschaft durchaus kein Interesse.

## Der Staatsbank-Scandal.

Der Jud' ist schuld.

Die Spalten der Rechtspresse sind nach wie vor mit dem Staatsbank-Scandal angefüllt. Freilich, wer aufmerksam lesen kann, merkt, daß es bei gedämpfter Trommelklang geht. Selbst dem blödesten Leser kann man doch nicht weismachen, daß es sich hierbei um republikanische Beamte handelt. Sehr energisch weist das „Berliner Tageblatt“ die verlogene Demagogie der Rechtspresse zurück und betont, daß es sich ausschließlich um Beamte handelt, die aus dem deutsch-nationalen Lager stammen. Auch das „Tageblatt“ fordert eine eingehende Untersuchung:

Selbstverständlich hat die Dessenlosigkeit ein dringendes Interesse daran, daß die Vorkommnisse bei der Staatsbank auf das genaueste aufgefächert werden, sowohl soweit sie kriminellen Charakter haben, als auch insoweit sie etwa zu disziplinarischen Maßnahmen Veranlassung geben. Von dem Verdacht krimineller Verfehlungen abgesehen, ist es doch höchst auffällig, daß der verhaftete Staatsfinanzrat Dr. Kühn zusammen mit einem seiner Kollegen für einen Schadensspruch, der im Zusammenhang mit der Kutsker-Affäre stand, eine Vergütung von 52 000 Goldmark ausgezahlt erhielt, und daß beide Beamte

für die Annahme dieses Betrages die Zustimmung des Präsidenten u. Dombols erhielten.

Es muß auch einmal auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen werden: Als der preussische Staat zur Zeit der schwersten Inflation dringend Gelder benötigte, insbesondere zur Bezahlung der Beamtengehälter, da war es immer die Preussische Staatsbank, die dem Geldbeschaffungsbüro des Staates die größten Schwierigkeiten bereitete. Hätte es da nicht nahe gelegen, daß sich die Aufsichtsbehörde, das heißt das Finanzministerium einmal gründlich mit der Frage beschäftigte, wofür denn die Sechshundert Millionen für den Beschaffungsbüro beträchtlichen Gelder hergegeben hätte? Vielleicht wären dann schon damals die recht zweifelhaften Verbindungen der Staatsbank aufgeklärt worden. Keinem Verständnis wird es einfallen, etwa die

Deutsch-nationale Volkspartei für die Verfehlungen von Beamten verantwortlich zu machen, die ihr angehören oder ihr nahestehen. Und man wird auch natürlich nicht die Deutsche Volkspartei als die Schuldige an den Pranger stellen, weil ein volksparteilicher Minister an der Spitze des Finanzministeriums steht. Aber

welche Angriffe gegen Marxismus, Sozialdemokratie und Republik hätte man wohl in der gesamten Rechtspresse lesen können, wenn etwa der Fall des thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb ähnliche Vorgänge zutage gefördert hätte!

Trotz der genauesten Untersuchung ist gegen Herrn Loeb doch nur erwiesen, daß er mit großem Erfolge für den thüringischen Staat tätig gewesen ist und diesem Millionen Gewinne zugeführt hat, während die Kutsker-Affäre mit einem Verlust von fünfzehn Goldmillionen für die Preussische Staatsbank zu enden droht. Vielleicht lernt die deutsch-nationale Opposition doch aus diesen Vorgängen, daß es nicht genügt, den Feldruf „Gegen den Marxismus“ anzustimmen und nach „Fachbeamten“ zu rufen, um Verfehlungen von der Beamenschaft fernzuhalten, nachdem sich jetzt die gravierendsten und nach Steuerzahler am meisten belastenden Vorgänge in einem Institut ereignet haben, das bisher von jedem Eindringen demokratisch-republikanischen Geistes sich „freigehalten“ hat.

Die deutsch-nationale Opposition wird diesen Ratschlag des „Berliner Tageblatt“ ganz bestimmt nicht befolgen. Sie behandelt solche Dinge nach dem famosen Rezept der Antisemiten: war es ein Jude, dann sieht man die jüdische Gemeinheit, war es ein Christ, dann ist die jüdische Gemeinheit noch viel größer, denn selbstverständlich wurde der Arier von Juden verführt. Im Stil dieses blödsinnigen Rezepts wird der „Lokal-Anzeiger“ und andere deutsch-nationale Plätter auch die Kutsker-Affäre und die Diskreditierung hochgestellter deutsch-nationaler Beamter behandeln. Es wird sogar Dumme geben, die das glauben!

## Bekändnis der Unfähigkeit.

Die Beamten des alten Regimes.

Im Staatsbank-Scandal plädiert die „Deutsche Zeitung“ für die beteiligten Beamten des alten Regimes auf mildernde Umstände wegen Unfähigkeit:

„Auf der Linken wird man festzustellen versuchen, die schuldigen Beamten stammten aus dem „alten Regime“. Dem ist entgegenzuhalten, daß die hier erneut zutage tretende Korruption schließlich auch in bewährten Beamten ihre Opfer findet, daß diese eben den Mängeln der Kutsker und Genossen nicht gewachsen sind.“

Man wird in den Kreisen der Staatsbankleitung zu diesem Plädoyer sagen: Gott verschone uns vor unseren Freunden. Der jetzige Präsident der Staatsbank hat für das Reich in seiner Eigenschaft als Staatssekretär in Paris allein überaus wichtige Verhandlungen geführt. Wenn man ihm nachsagt, er sei Gestalten wie Kutsker nicht gewachsen, provoziert man die Frage: wie soll er den Franzosen gewachsen sein?

## Georgien.

Eine unparteiische Stimme.

In der ausgezeichneten Zeitschrift für Geopolitik veröffentlicht Professor Dr. Obst einen Abschnitt aus seinen „Russischen Skizzen“, der sich ausschließlich mit Georgien beschäftigt. Die Neuerungen dieses Landes sind ihm so interessanter, als sowohl er wie die Zeitschrift für Geopolitik den bolschewistischen Machthabern in absoluter Objektivität gegenüberstehen, ja stellenweise sogar, namentlich für ihre Ostasien-Politik ausgesprochene Sympathien zeigen. Obst schreibt u. a. über den georgischen Aufstand:

„Mit unerbörter Grausamkeit ist der georgische Aufstand niedergeworfen worden. Die offizielle kommunistische Statistik gibt zwar an, daß nur einige hundert Menschen standrechtlich erschossen wurden. Aber wen interessiert diese Zahl? Die wirklichen Opfer einer racheblutigen Soldateska zählen nach Tausenden. Sie wurden

auch ohne standrechtliches Urteil erschossen, oftmals selbst dann, wenn sie nachweislich am Aufstand in keiner Weise beteiligt waren.“ Obst entwickelt eingehend aus der Geschichte des georgischen Volkes die Wurzeln des starken nationalen Freiheitsdranges, der das ganze Land beherrscht.

„Zwischen Zarismus und Leninismus findet der Georgier im Grunde keinen erheblichen Unterschied: die gleiche Knechtung des Volkes hier wie dort, dieselbe Brutalität und Spitzelwirtschaft, dieselbe Arroganz einiger Individuen und Cliquen, die lediglich mit roher Gewalt die große Menge der Andersdenkenden in Schach halten.“

Obst tritt den übertriebenen Meldungen georgischer Emigranten entgegen, als ob es sich bei dem grusinischen Aufstand um eine allgemeine kaukasische Revolution gehandelt habe. Ebenso sehr widerspricht er aber auch der Moskauer Legende, wonach angeblich ein Verzweiflungskampf der georgischen Fürsten gegen die kommunistische Regierung vorgelegen habe:

„Niemand kann und wird im Ernst abstreiten, daß neben der national-begeisterten Intelligenz Georgiens, vor allem der akademischen Jugend Georgiens, sehr viele Bauern und Arbeiter am Aufstand teilgenommen haben. Welchen Sinn konnte es haben, daß z. B. die Arbeiter im Wangaurevier von Tschiaturi die Waffen gegen Moskau erhoben, die Sowjetbeamten gefangen setzten usw.? Will wirklich jemand behaupten, daß die Bergarbeiter von Tschiaturi alles fürstentümliche haben oder daß sie als Söldlinge der Fürstengeschlechter in den Kampf gegen Moskau gezogen seien?“

Wer unparteiisch an Ort und Stelle alle Berichte und Beschreibungen von Augenzeugen geprüft hat, für den sieht es unabweisbar fest: die georgische Intelligenz, die im Sommer 1924 gemeinsam mit georgischen Bauern und Arbeitern zu den Waffen gegriffen hat, wurde von reiner und selbstloser Vaterlandsliebe zu diesem Schritt getrieben. Man erschloß sich zum äußersten in der Überzeugung, daß anders die von dem gesamten georgischen Volke ersehnte nationale Unabhängigkeit nicht zu erringen ist.

Daß hinter der Aufrichtung der Sowjetrepublik in Georgien, wie überall in Rußland, nur eine kleine, aber über die Machtmittel des Staates gebietende Minderheit stand, ist allgemein bekannt. In der großen Masse des georgischen Volkes ist der nationale Gedanke, der Drang nach völliger Souveränität, unendlich viel stärker als das Verlangen nach einer Diktatur des Proletariats. Es wird bestimmt nicht der letzte Aufstand dieses heidnischen Volkes gewesen sein.“

Obsts Schilderungen bestätigen nur das, was in der Bolemit mit den Bolschewisten über Georgien stets behauptet ist: der georgische Aufstand, wie man auch über seine Zweckmäßigkeit urteilen mag, entsprang nicht irgendwelchen reaktionären Tendenzen, sondern dem Freiheitsdrang des georgischen Volkes. Er ist von denselben Bolschewiki, die angeblich die Selbständigkeit der kleinen Nationen auf ihre Fahne geschrieben haben, mit einer Brutalität ohnegleichen niedergeworfen. Das genügt vollständig zur Beurteilung der bolschewistischen Politik in Georgien.

## Unqualifizierbares Verhalten.

Offener Brief an Ben Tillet.

Der Auslandsdelegierte der Sozialdemokratischen Partei Rußlands hat sich an Ben Tillet, eines der Mitglieder der englischen Delegation in Rußland, mit folgendem Schreiben gewandt:

„An Nr. 286 des Moskauer „Newspaper“ vom 14. Dezember 1924 ist ein Interview mit Ihnen veröffentlicht, unter dem sich Ihres feststellbare Unterschrift befindet als Bestätigung der Authentizität dieses Interviews.“

In dem Interview werden Ihnen u. a. folgende Worte zugeschrieben:

„Sie und da haben wir auch Strömungen kennengelernt, die gegen die Sowjetgewalt sind. Aber diese Strömungen sind für die Wirklichkeit in Sowjetrußland nicht charakteristisch; sie werden zweifellos von den ausländischen Kapitalisten unterstützt, wie beispielsweise die Menschewisten von den französischen Kapitalisten in Paris unterstützt werden. Diese Strömungen sind ein Teilchen der internationalen Verschwörung der Kapitalisten gegen Rußland.“

## Unter dumpfen Menschen.

Von Hans Heinrich Strätner.

Meine Augen irren über die Menge, welche der Weg, die Genußsucht, die Langeweile, die Einsamkeit oder die bittere Kälte in dieses Lokal gedrängt haben. Zigarettenrauch steigt in grauen Linien zur Decke, um sich dort zu verlieren wie die vielen leeren Reden. Es kann hier keiner denken, die Strömungen der Menschenseele lähmen.

Sekunde um Sekunde vom großen Leben schleicht ungeliebt, leise lagend an den Menschen vorbei, unbeachtet wie der Sand, der durch seine Kinderhände rinnt. Ich denke an einen, der am Log an der Drehbank arbeitet, auf dem Heimweg vor dem Buchstaben steht, jeden Titel langsam spricht und sich dann abwendet. Der den Schlaf bezwingt, wenn Mitternacht schon längst vorüber. Er möchte soviel von den Wundern und Tiefen des Lebens wissen. Und die Zeit ist doch so kurz! Er hat weite, glänzende Augen. Er spricht nur wenig.

Die Musik hier ist so stumpf wie der Schritt jener Menschen, die über die Straßen huschen, unter der Laterne bestimmtere Formen annehmen und sich in der Dämmerung wieder auflösen. Aus Gang und Haltung dichte ich mir ihr Los zusammen. Vergebens warte ich auf Klang und Farbe. Nur tagemüde Menschen hasten vorüber, keiner, der das Leben auf sonnigen Schultern trägt. Vielleicht ist es ja zu schwer.

Die Vorhänge werden zugezogen. Die Musik spielt dazu die Agmont-Duvertüre. Das wird keiner sonderbar finden.

Ein junger Herr drängt an meinen Tisch. Welch ein hohles Pathos steckt in seinem Grun! Ob der schon auf hohem Berg gestanden hat mit schweißtriefender Stirn, in glitzernder Stille? Er trinkt seinen Wein mit wüsten Lippen, ohne zu genießen. Und doch wird er in jeder Stunde zu sich selber sagen: „Ich will das Leben genießen!“ Ich denke an einen Jungen, der sogar Andacht hatte, wenn er sich über den Quell neigte und klares Wasser trank.

Ich habe wohl lange mit der Hand die Augen beschattet. Sie ist an mir vorbeigegangen, die Namenlose. Wie einst. Während ich in stillen Stunden rang und vor ihrem hohen Bilde kniete, ist sie an mir vorbeigegangen. Ein Schmetterling, der einst mit bunten Flügeln, sonnüberflutet, in meinen Garten flog. Manchmal nur kommt ein Wunder, wenn ein kaltes Blatt vom Baum taumelt.

Ich verkomme in der Leere ringsum, unter all den dumpfen Menschen. Ich will in den dunklen Abend gehen.

**Vollstühne.** Kallus Sab hält auf Einladung der Volkshöhne im Januar einen Vortrag von vier Vorträgen über: „Das Drama der Gegenwart“. Die Vorträge finden statt am 4., 11., 18. und 25. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses. Karten für jeden Vortrag zum Preise von 50 Pf. in den Verkaufsstellen der Volkshöhne und am Saaleingang.

## „Der Barbier von Bagdad“.

Zweimal schwirren in der deutschen komischen Oper lustig schwebende Diener und Barbieri über die Bühne: bei Mozart, bei Cornelius, in Sevilla und in Bagdad. Das orientalische Milieu gibt dem Meisterwerk des Peter Cornelius eine besondere Färbung, und der Spritzer statet seine komische Oper mit einigen Glanznummern feinsten Intimität und quellendster Melodik aus. Dazu gehört das Liebesduett und das Terzett „Er kommt“, sowie der Einleitungs- und Schlusschor „Salem Aleikum“. Das sind unvergängliche Seiten. Rechnet man zu den Kleinodien der Partitur noch die beiden Duvertüren und die ganze große Buffzene des Barbiers, die fast den ersten Akt füllt, so steht man erstaunt vor dem Schicksal dieser Musik, die ein Liebling der Kenner und ein Stiefkind der Bühne ist und bleibt. Die Originalfassung zeigt, daß dem leichtfertigen, ja wihigen Text eine ebenso leichte, schwingende, scherzende Dreifachsprache beigelegt ist. Der Einfluß Richard Wagner aus der Zeit des „Lohengrin“ und des Pariser „Lanzhäuser“ bleibt auch dann noch unverkennbar, besonders in den Liebesergüssen des Nurcedin und der geistlichen Notivumpielungen, der H. Moll-Duvertüre.

Aber die gestrige Aufführung in der Staatsoper zeigte zugleich, wie eigen das Licht Cornelius auch im Schatten der Sonne Wagner leuchtet. Eine so feine Wasserleiste, von fallendem Pathos freie, auch in der Lustigkeit vornehme Musik, ist seit Mozart gewiß nicht geschrieben worden. Und die beiden Meister der großen komischen Opern „Meisterfänger“ und „Ballfisch“ waren ja im Entstehungsjahr des Bagdader Kaffens, 1857, noch nicht geschrieben. Knüpfer und Gura waren einst geniale Barbieri, Braun ist ein sehr guter, auch wenn die Humore nicht primärer Natur sind. Das ist sicher auch bei dem Dirigenten Kleiber der Fall; aber was er ansieht, macht er interessant. Die zweite der Duvertüren wurde ostentativ beklatscht. Paul Stieber könnte im Spiel gewandter sein, sein Tenor ist noch nicht frei, aber von schöner Kantilene. Della Reinhardt eine schüchtern-liebe Margiana mit wenig Temperament, das bei der Arndt-Ober in jedem Blick und jedem Ton lauert. Die kleineren Partien waren mit Henke und Armster glänzend besetzt. Fürdierlich das Vorspiel, das in einer trockenen langweiligen rhetorischen minderwertigen, einer völlig nervösmachenden Gedankrede von Carl Cornelius bestand. Man wünschte dem Sohn ein Quentchen Humor, Witz und Geist des Vaters. Sätze des Intendanten ist es, auch vor dem Vorhang Regie zu führen. Mit den Gedankreden scheint man dort besonders Beach zu haben.

Kurt Singer.

## Ruffengastspiel.

Die Mitglieder des (geplanten) Moskauer Künstlertheaters sind wieder in Berlin. Sie geben nur ein kurzes Gastspiel. Da sitzen nun im Deutschen Künstlertheater die hierher vertriebenen Russen, lauschen voll Andacht und Schwermut die vertrockneten Klänge ihrer Heimat, und wir Deutsche, für uns, denen die Sprache wellenförmig fremd klingt, bedeuten die Russen einmal ein Programm. Wir warteten auf die künstlerische Offenbarung.

Die „Medea“ des Euripides, die gestern in sehr freier, aber würdiger Bearbeitung von den Moskauer Künstlern gespielt wurde, ist ein früherer Stoff. Euripides hat nicht die Schwere und Feierlichkeit des unabweidbaren Schicksals, die den Dramen der beiden anderen großen griechischen Tragiker die düstere Weihe verleihen. Seine Medea ist ein Weib mit den Vorzügen und Fehlern eines Menschen. Die jügellose Hingabe der Heimatwurzeln an ihren Schmerz, um den treulosen Gatten, die rasende Leidenschaft und der graufige Rachegeist der Verwundeten sind zwar von gigantischer Ausmaß, aber nicht von der schicksalhaften Dämonie, die die Russen zum Grundzug der Regie machen. Der Chor, dieses schwierige Theatervorhaben, verschmolz mit der Handlung zur Einheit. Auf der Bühne erstanden und lästern sich lebende Bilder von der Größe und Weihe der Antike. Aber so schön und ergreifend die schmerzreiche Medea der Gernandso auch war, man merkte, sie fühlte sich nicht in ihrem Element. Die Betragenheit des klassischen Stils wirkte gefucht und das unmotivierete allzu häufige Greifen nach ihren Bewändern sogar lächerlich.

Bewimm des Abends waren die Ausstattung des Andrejew und die Musik des Rodaschewskij. Mit einfachsten Mitteln hat da der Moser Bilder von phantastischem Umriß und unendlicher Weihe geschaffen, und die dunklen fliegenden Klänge einer bewußt monotonen melodiefreien Komposition gaben den hierischen Rahmen zur Tragik der Handlung.

Ernst Degner.

Das Schloßpark-Theater Steglitz führte gestern das „Dreimäderlhaus“ wieder auf. Bertha v. Pöhl ließ sich als Honneel eine hübsche und wohlklangvolle Stimme hören, die sich vermutlich auch von einem anderen Hintergrund als dem überaus trübseligen der Steglitzer Aufführung gut erheben würde. Immerhin war wenigstens der Franz Schubert durch Heinrich Moskow würdig dargestellt und anscheinend gelungen.

„Hauffe“ in Philosophie. Das Interesse für Philosophie ist seit dem Kriege bedeutend gesunken. Das kann man an besten aus einer Statistik über die Neuerscheinungen philosophischer Bücher erkennen, die E. Schönrod für die Jahre 1919—1922 in der Zeitschrift „Minerva“ veröffentlicht hat. Weltweit an der Spitze der philosophischen Büchererzeugung steht Deutschland. Es hat in den vier Jahren 2 908 neue philosophische Bücher herausgebracht. Die Zahl betrug 1919 654 Neuerscheinungen, hier dann 1920 auf 950 an und war 1921 693, 1922 611. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 1165 Neuerscheinungen, die von 266 im Jahre 1919 auf 356 1922 stiegen. Großbritannien hatte 1971 Neuerscheinungen zu verzeichnen, Italien 748, Frankreich 602, die Tschechoslowakei 431, Dänemark 321, die Niederlande 268, die Schweiz 87, Schweden 74, Norwegen 57. Die Gesamtsumme der Neuerscheinungen in diesen Ländern, zu denen noch Uruguay und Ungarn kommen, beläuft sich auf 7831.

Tragischer Tod von 29 Gelehrten. Wie die „New York Times“ berichtet, sind 29 Gelehrten der Universität Kowakoff mit ihren Familien bei einem Sturm auf dem Schwarzem Meer zwei Tage vor dem Weihnachtsfest ums Leben gekommen. Die Universität hatte kurz zuvor wegen finanzieller Schwierigkeiten ihre Vorlesungen einstellen müssen, und die Gelehrten, die sich dem Nichts gegenübersehen, hatten sich nach Odesa eingeschifft, wo sie Arbeit und Brot zu finden hofften.

Sie haben bisher die Ihnen zugeschriebenen Worte nicht demontiert, und erkennen sie folglich als authentisch an. Mit diesen Worten haben Sie lediglich jene schamlose Verleumdung wiederholt, die die Bolschewisten unablässig, aber stets erfolglos gegen uns in Gang zu bringen gesucht haben. Die Politik unserer Partei ist den russischen Arbeitern wie der gesamten sozialistischen Internationale zu gut bekannt, als daß wir uns vor einer Verleumdung vertheidigen müßten, die einen integrierenden Bestandteil des Kampfes der Bolschewisten gegen den Sozialismus bildet.

In Ihrem Munde können jedoch die Worte in den Augen der russischen Arbeiter eine andere Bedeutung erlangen. Es wird ihnen schwer fallen zu glauben, daß ein alter Praktiker der englischen Arbeiterbewegung fähig wäre, leichtfertig die bolschewistische Verleumdung gegen eine Partei zu wiederholen, die derselben Internationalen wie er selbst angehört. Die russischen Arbeiter werden annehmen dürfen, daß Sie irgendwelche im Auslande gesammelte Angaben über die Unterstützung unserer Partei durch französische Kapitalisten besitzen. Sie werden berechtigt sein, zu glauben, daß Sie nicht einfach die bolschewistische Verleumdung wiederholen, sondern eine Zeugnisaussage machen, daß unsere Partei sich den französischen Kapitalisten verkauft habe.

Angehts dieser Umstände veröffentlichen wir diesen offenen Brief an Sie in der Presse und appellieren gleichzeitig wegen Ihrer unqualifizierbaren Handlungsweise an das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale, das am 3. Januar 1925 in Brüssel zusammentritt.

### Mussolini unter Anklage.

Rossis Denkschrift.

Rom, 27. Dezember. (Eigener Bericht.) Mussolini hat die edle Kunst, seine Freunde preiszugeben, sobald sie un bequem wurden, so oft geübt, daß es nur recht und billig erscheint, wenn er das andern bereite Schicksal nun selbst erfährt. Cesare Rossi hat in seiner Denkschrift seinen Herrn und Meister vollkommen preisgegeben. In den Tagen von der Ermordung Matteottis bis zu seiner Verhaftung, als er wie ein gehetzter Hirsch einen Ausweg suchte, hat Rossi sich seiner Haut gewehrt, ohne Rücksicht auf irgendwen, verbissen, gefährlich. Ohne Frage: Er verleidet sich als das, was er ist: als ein kleiner gemeiner Mensch, der sich als willenloses Werkzeug noch größerer Gemeinheit und Schmutzigkeit darstellt. Dies war der Mann, der jahrelang Mussolinis bester Freund war: seine Treue reicht nicht länger als sein Gold, wie Mussolinis Dankbarkeit nicht weiter reicht als Mussolinis Vorteil. Moralisch sind Ankläger und Angeklagter quitt.

Die Denkschrift ist unvollständig. Am ausführlichsten verbreitet sie sich über die Ehrenstellen, die Rossi in der falschlichen Partei bekleidet hat. Als großes Verdienst rechnet es Rossi sich an, daß er für den Krieg eingetreten ist, daß er Interventionist war; weiter hat er sich aber nicht am Kriege beteiligt. Wie ein gehetzter Fuchs verliert er alle Haltung. Die Denkschrift ist wirr, unordentlich, ohne Sinn für das Wesentliche; auch bricht sie ab, ehe sie zur Ermordung Matteottis gelangte. Sie kennzeichnet nur das System: ein rachsüchtiger grausamer Mensch, dessen Linsen sich seine Werkzeuge beugen, und der alle Mittel des Staates seinem Privatwohl dienstbar macht.

Was, was geschehen ist, ist entweder auf direkten Willen des Heerführers oder mit seiner Billigung oder unter seiner Mitschuld geschahen. Ich beziehe mich hier auf die Verhandlung Amendolos (früheren Ministers unter Ritti), die ohne mein Wissen von Mussolini angeordnet wurde und die De Bono von Gandelieri (einem Offizier der römischen Miliz) ausführen ließ, auf den Überfall auf Misuri (dissidenten falschlichen Abgeordneten), den De Bono auf Anregung Mussolinis organisierte; auf den Aufschlag auf Forini, den Mussolini sehr ausgegünstigt direkt bei mir bestellt hat und den ich im Einvernehmen mit Giunto organisierte... auf die Zerstörung der falschlichen Vereine in der Princesa, die Mussolini bei dem Abgeordneten Maggiali bestellt hat und dann so freundlich war, mir in die Schuhe zu schieben. Ich füge hinzu, daß Fascisti (der Privatsekretär Mussolinis) Tag für Tag an die lokalen Fisci die Namen der Spender für die Sammlungen zugunsten des Bacc Republicano, des „Coanti“, der „Giustizia“, der „Unita“, der „Nostri liberi“ usw. zu senden habe, damit die Unterzeichner mit Naziusul und Strafbüßen bestraft wurden. Ich beziehe mich weiter auf die Abwendung nach Frankreich von Dumini, Belpi, Pulato, mit gefälschten Pässen, die der General De Bono geliefert hatte, mit Geld von Finzi, das in Gegenwart des Abgeordneten Postanini ausgehändigt wurde; die Reise hatte den Zweck, den in Frankreich getöteten Fascisten Wert zu rächen. Ich füge weiter hinzu, daß Dumini, Pulato und Belpi ein permanentes Gratifikationsbüro für die Eisenbahn besaßen, das die Generaldirektion der Polizei von der Generaldirektion der Eisenbahnen erhielt hatte.

Der Überfall auf Forini (dissidenten falschlichen) hat folgenden Ursprung. Eines Nachmittags wurde ich durch Mussolini telephonisch dringend in den Palazzo Chigi gerufen, und fand den Präsidenten in einem Zustand wahnsinnigster Wut und Aufregung wegen Forinis Rede in Triesta... Er brüllte mir mehrmals zu, daß der Fascismus gar keinen Instinkt der Selbstvertheidigung hätte und daß es ihm immer zuziele, den Warm zu geben. Auf einmal rief er aus: „Aber was tut denn Dumini?“ Und dann erging er sich in einigen Unflätigkeiten, die zu seinem täglichen Wortschatz gehören.

Bei einer andern Gelegenheit, als von einer neuen Rede Mussuris die Frage ist (es war das nach dem ersten Attentat auf diesen Abgeordneten), sagte Mussolini: „Diesmal muß man den Hals umlegen, aber wirklich umbringen“, worauf De Bono beinsammelte, mit gefälligen Lächeln: „Darüber wollen wir uns aber ins Einvernehmen setzen: wenn wir ihn umbringen, dann besser vor als nach der Rede, so ersparen wir uns den Schaden der Spektakel der Gegner.“

Die ganze Kleinlichkeit und Erbärmlichkeit des Diktators geht aus der folgenden Episode hervor. Als sich der Antagonismus zwischen D'Annunzio und Mussolini eben ausbrach, sandte eine Familie der Provinz Cremona ein Sympathietelegramm an den Diktator. Das Telegramm wurde abgefangen und Mussolini beauftragte Farinacci (den Hauptling der Provinz Cremona) telegraphisch, die Familie mit dem Knüttel zu traktieren und ihr Abhauen beizubringen.

Viele der blutrünstigsten Artikel der „Gazzetta del Popolo“ und des „Impero“ sind, Rossi zufolge, von Mussolini selbst geschrieben worden. An dem Tage — am 28. Dezember 1923 — an dem sich Mussolini die Einzelheiten des Überfalls auf Amendola telephonisch berichteten ließ, sagte er abschließend, „ich habe heute mit besonderem Appetit zu Mittag gegessen“. Das hinderte ihn nicht, nachher die bödsinnige Ausführung des Attentats scharf zu kritisieren. Die Attentäter waren direkt in der Galerie der Miliz abgestiegen! Ueble Folgen hat die Kritik freilich für sie nicht gehabt.

### Der Roman eines Sechsten.

Schuld vor dem Strafrichter.

Wie ein Kriminalroman liest die Schilderung seiner Verbrechenlaufbahn, die der seit sechs Jahren von allen möglichen Strafbehörden wegen der schwersten Verbrechen gesucht, erst 27 Jahre alte Lederarbeiter Johann Schud dem großen Schöffengericht Mitte in allen Einzelheiten und in ausführlichster Weise vortrug, wo er sich heute wegen zahlreicher Straftaten zu verantworten hatte.

Schud ist kürzlich, wie berichtet wurde, in Wien festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert worden. Mitangeklagt sind der Klavierspieler Helbig und die Ehefrau Anna Herbst wegen Begünstigung, die letztere auch wegen Hehlerei. Schud ist wiederholt in der Zwischenzeit in Deutschland unter falschem Namen verurteilt worden. Es ist ihm aber immer gelungen, aus den Gefängnissen auszubrechen, oder auf dem Transport zu entspringen. Erst jetzt konnte er wegen seiner Hauptstraftaten zur Verantwortung gezogen werden, nachdem seine Mitbeteiligten an den verschiedenen Verbrechen längst abgeurteilt worden sind. Zu den „Heldentaten“ Schuds gehört auch ein Raub an einer Frau. Ganz besonderes Aufsehen erregte jedoch der Hauptanklagepunkt, der einen Bankbetrug gegen die Deutsche Bank betrifft. Es handelt sich um den Fall Raizonet und Genossen, der seinerzeit großes Interesse erregte und auch bereits die Gerichte beschäftigt hat. Schud ist von Beruf Lederarbeiter und stammt aus Zellhausen bei Offenbach. Nachdem er im Jahre 1916 vom Militär entlassen worden war, geriet er in Verberetreibung. Er wurde bald, trotz seiner Jugend, ein gefährlicher Einbrecher und wurde sehr bald von 18 Staatsanwaltschaften gesucht. Allerdings bestritt der Angeklagte bei Beginn der Verhandlung, daß die Zahl der Behörden, die an ihm Interesse haben, eine so große Zahl sein könne. Nachdem ihm der Boden in Deutschland zu heiß geworden war, schloß er sich den Ballistikumtruppen an, lehrte dann aber mit falschen Pässen nach Deutschland zurück und wurde in Frankfurt a. M. und in Stuttgart wegen weiterer Verbrechen unter falschem Namen als ein Deutsch-Balte Rothfelder verurteilt. Es gelang ihm jedoch auch jetzt wieder aus der Strafanstalt Ulm nach wenigen Tagen zu entweichen. Nachdem er noch eine Reihe Einbrüche verübt hat, lernte er zufällig auf der Straße Raizonet kennen, mit dem er unter Zuhilfenahme einer großen Reihe von Mithelfern den großen Bankbetrug, dem die Deutsche Bank zum Opfer fiel, in Szene setzte. Bei seinen Irrfahrten zur Vorbereitung des Schudbetruges, bei dem für 475000 Mark Glanzstoffaktien erbeutet wurden, war Schud auch nach Potsdam gekommen, wo er unter dem Verdacht, ein Raubmörder zu sein, verhaftet wurde. Man hielt ihn für den Raubmörder von Döberitz, und zwei Monate lag er unter diesem Verdacht im Gefängnis, immer unter dem falschen Namen eines Deutsch-Balten Siegfried Johann Bachfelder. Als er schließlich entlassen worden war, konnte er sich an die Ausarbeitung des alten Planes, den er mit Raizonet und einem gewissen Wekauf, zu denen sich noch ein Bankbeamter Karl Schinkel gesellte, machen. Zunächst hatten sie den Plan, einen Betrag mit Traveller-Schecks zu verüben. Als das aber mißlang, drängte Schud Raizonet, in einer anderen Weise einen großen Schlag auf die Deutsche Bank zu verüben. Raizonet verschaffte sich aus der Registratur der Bank eine eigenhändige Unterschrift des Direktors Johannes Urban von der ersten österreichischen Glanzstoff-Fabrik U. G. Schud begab sich nun nach Aachen und ließ in einer Druckerlei hundert Firmenbriefbogen der Aktiengesellschaft drucken. Er selbst verschaffte sich einen falschen Paß mit Hilfe eines Hilfspostbeamten in Frankfurt a. M. unter dem Namen Heinz Urban, Sohn des Direktors Urban aus Wien. Mit gefälschten Schreiben wurde dann die Aachener Filiale der Deutschen Bank veranlaßt, die Aktiendepots ihres Kunden Urban nach der Zentrale in Berlin auf das Konto von Heinz Urban zu überweisen und allmählich wurde von diesem Konto der Aktienposten abgehoben. Schud hat dann mit dem erlösten Gelde die Dreifigkeit befehlen, in Berlin zusammen mit seiner Geliebten ein Zigarrengeschäft unter dem Namen Cordier zu eröffnen. Die Mitangeklagte Anna Herbst erhielt Kenntnis von den Straftaten Schuds und Schinkels und bewachte die Gehegenheit, Sprengungen an den Verbrechen zu verüben. Als dann auch in Berlin wieder Schud trotz seiner falschen Pässe der Boden zu heiß wurde, flüchtete er und konnte schließlich in Wien verhaftet werden.

### Die Flucht Spiritusdiebers Weber in die Tschechoslowakei.

Der ehemalige Generaldirektor Hermann Weber, der bekanntlich beschuldigt wird, das Spiritusmonopol um viele Millionen Mark dadurch geschädigt zu haben, daß er mit Hilfe zugewandter Zollbeamten große Mengen reinen Spiritus zu einem Preise erzielte, der sonst für denaturierten Spiritus gilt war, wie erinnerlich, vor wenigen Tagen flüchtig geworden. Die Annahme, daß er an irgendeiner wenig begangenen Stelle die Grenze überschritten würde, scheint sich zu bestätigen. Die Flucht ist im Automobilsorgenommen worden, führte über das märkische Städtchen Ludau, dann weiter nach Götlich und von dort weiter über Waldenburger Gebiet in die Tschechoslowakei. Hoffentlich wird man seiner auch dort habhaft. Denn während es diesen Spiritusdieber offenbar in Folge Fahrlässigkeit von Beamten zu fliehen gelang, sitzen bereits eine große Anzahl von Leuten, die an seinen Schattungen beteiligt sind, in Untersuchungshaft.

### Ein wildgewordener „Schriftsteller“.

Durch kein auffälliges eiliges Hin- und Herschauen auf einem Postdreieck in Schönberg und im Zentrum der Stadt umher machte sich ein Mann verdächtig, der im Laufe des Abends mehrere Male an denselben Schuposten vorbei kam und dessen Aufmerksamkeit dadurch erregte, daß er wie tollkühn, auch wenn niemand auf dem Damm war, den er hätte übersehen können. Schließlich nahm ihn ein Beamter fest und brachte ihn zum Polizeirevier. Hier wurde er als ein gewisser 26 Jahre alter Richard Kaufmann festgehalten, der sich „Schriftsteller“ nannte. Weiter wurde ermittelt, daß das Fahrrad mit acht Paketen auf einem Schöneberger Postamt in den Vormittagsstunden gestohlen war. In der Wohnung Kaufmanns am Engelufer wurden bei einer Durchsuchung mehrere Kisten Zigarren gefunden, die den Inhalt eines der Pakete gebildet hatten. Kaufmann gab jetzt zu, diesen Diebstahl ausgeführt zu haben. Wo die anderen Pakete geblieben sind, will er nicht wissen. In einem anderen Paket war ein kleiner Weihnachtsbaum. Diesen habe er zuerst bei keinen willen Fahrlässigkeit mit sich geführt. Als es dunkel wurde, habe er den Weihnachtsbaum, der mit Lichtern usw. versehen war, in den Flur eines Hauses in der Admiralstraße gestellt und dort angezündet. Der Baum wurde später dort auch gefunden. Nach alledem scheint es, daß der Mann nicht ganz normal ist.

### Empfindliche Strafe für einen Wilderer.

Ein Berliner Wilderer, der seit April d. J. die ausgedehnten Forsten des Rieselsang unheimlich machte, stand in Spandau vor dem großen Schöffengericht. In der Gegend zwischen Rauhen, Grünefeld, Falkenhagen und Bredow jagt ein Wilderer im Laufe des Jahres so viel ab, daß er oft das Fleisch gar nicht alles verwerten konnte und nur das Gekochte mitnahm. Nachdem er auf einem neuen Streifzug von Waldarbeitern beobachtet und verfolgt worden war, wurde er endlich im November d. J. gefaßt. Es war ein 38 Jahre alter Werkzeugmacher Ernst Koloff, der in Berlin in der Brunnenstraße bei seiner Geliebten wohnte, nachdem er sich von seiner Frau getrennt hatte. Koloff behauptete eine Wäsche mit einem starken Drahtseilen und Schalldämpfer; sie war zusammenlegbar und wurde in keinem Kutschwagen gefunden. Den er auf der Flucht unter einer Fledermaus versteckte. Durch seine Frau und seine Geliebte wurde nachgewiesen, daß Wäsche und Kutschwagen Eigentum waren. Der Bericht behauptete er nun, daß er diese Wäsche lediglich als

Zimmerstube benutzt habe. Damit fand er natürlich keinen Glauben, weil man einen Zimmerstube nicht zum Zusammenlegen umarbeiten und mit einem Drahtseilen versehen wird. Der Angeklagte wurde überführt und wegen gewerbmäßigen Wilderens zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Bitte um Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

### Kutischer-Seehandlung.

Die Prüfung der Bücher und Korrespondenzen.

Bereits angekündigt, hat die Staatsanwaltschaft am heutigen Dienstag früh mit der Prüfung der Geschäftsbücher und der Korrespondenz der unter Leitung des Generaldirektors Kutischer stehenden Berliner Niederlassung des Breslauer Bankhauses E. v. Stein begonnen. Diese Arbeit dürfte bei dem Umfang, den selbst das heute noch vorhandene Material in der genannten Bank besitzt, mehrere Tage in Anspruch nehmen. Vor allem wird sich die Untersuchung auf die Unterlagen für die Kutischerischen Kreditgeschäfte mit der Staatsbank beziehen, wobei man hoffentlich auch ein klares Bild über den Wert der angelegten Sicherheiten gewinnen wird. Interessant dürfte weiterhin auch die Feststellung sein, zu welchen Zwecken und mit welchen Gewinnen Kutischer die in der Zeit drüdenster Kreditnot von der Staatsbank erhaltenen Millionenkredite verwandt hat. Die Prüfung der Geschäftskorrespondenz dürfte vielleicht auch Aufschluß über die von Kutischer und seinen Freunden, darunter den Gebrüdern Topini, um das Hanauer Lager inszenierten Intriguen und Ruchenschaften bringen. Vielleicht erfährt man aus den Geschäftsbüchern der Firma auch etwas über die Verhandlungen, die mit einzelnen „Firmen“, z. B. der „Firma“ Grube, in der Frage der Ausstellung der vielgenannten Wechsel gepflogen wurden, die die Seehandlung als Sicherheit erhalten hat. Bekanntlich hatte sich die Firma Grube nur unter dem Vorbehalt zur Unterzeichnung der Wechsel verpflichtet, daß sie daraus nach keiner Richtung hin in Anspruch genommen werden dürfe. Im übrigen ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, für die nächste Zeit mit irgendwelchen neueren Ereignissen im Fall Kutischer nicht zu rechnen, also auch vorläufig nicht mit weiteren Verhaftungen. Das gesammelte Material wird von dem Spezialdezernenten der Staatsanwaltschaft zunächst aufgearbeitet, um sobald als irgend möglich wenigstens einen Teil der Anklage gegen Kutischer und Genossen erheben zu können.

### Ver spätete Weihnachtsgeschenke.

Mit wenig geringen Mitteln eine herrliche Weihnachtsfeier zu veranstalten ist, zeigte die Bezirksgruppe Friedrichshagen des „Bundes der Kinderreichen“ gestern in den Andreas-Beständen. Man konnte es beim Eintritt in den Saal mit der Angst bekommen, ob der großen Menge von Kindern, die da versammelt waren. Es war ein ungeduldig Böckchen und die Erwartung wurde auch angesichts der langen Bekleidungsreihen auf eine harte Probe gestellt. Nachdem blauen Kindergeflächchen war es anzusehen, daß die Eltern am „heiligen Christfest“ zu Hause keinen Gebentisch besetzen konnten. Die bunten Teller und die kleinen, aber nützlichen Gebente hatte das Festkomitee durch Sammlungen im engsten Freundeskreise zusammengebracht. Freundliche Helfer sorgten nicht nur für eine Abwicklung der Befahrung, was wirklich kein Kinderfest war, sondern auch in musikalischen und deklamatorischen Darbietungen ihr Bestes. Die Bezirksgruppe hat bewiesen, daß es ihr mit ihrem Grundbesitz ernst ist.

Eine große Weihnachtsfeier für die Blinden von Groß-Berlin veranstaltete der im Jahre 1860 begründete „Verein der Blindenverein“. Im „Alou“ in der Mauerstraße wurden hier 1400 bewirtet und mit nützlichen Geschenken versehen, wovon 900 Blinden in Stadt und Provinz, die aus irgendwelchen Gründen am Erscheinen verhindert waren, sind die Boden direkt zugesandt worden, so auch den Kriegserkrankten, die schon einige Tage zuvor eine besondere Feier veranstaltet hatten. Da etwa 80 Prozent der Erkrankten den ärmeren Bevölkerungsschichten angehören, ist bei der Befahrung, die für die Weihnachtsbefahrung über 40 000 Geldmark aufwandte, wohl fast allen bedürftigen Blinden eine Festesfreude bereiten können.

Die Gebühr für Auslandspostkarten beträgt vom 1. Januar 1925 an 15 Pfennig. Die jetzigen Weltpostkarten zu 20 Pf. und zu 20+20 Pf. (Antarktisarten) bleiben im Verkehr und werden vom 1. Januar 1925 ab zu 15 und 20 Pf. von der Post verkauft. — Verdrübene Weltpostkarten werden alsdann nur noch gegen andere Weltpostkarten umgetauscht. — Aus Postkarten, Briefumschlägen, Streifbändern usw. ausgeschnittene Freimarkenstempel dürfen vom 1. Januar an zur Freimachung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden.

Bannerwehe in Potsdam. Der Sozialdemokratische Bahiverein Potsdam beging am Sonnabend im festlich geschmückten Saal des Restaurants Hoffjäger, Luckenwälder Straße, seine Bannerwehe in Verbindung mit der Weihnachtsbefahrung, die viele freudestrahlende Gesichter hinterließ und eine Stimmung schuf, die dem weitläufigen Gelingen des Abends förderlich war. Der Vereinsvorsitzende, Genosse Duellier, hielt die Begrüßungsansprache. Nach ihm nahm Genosse Krüger, Berlin das Wort zur Weiberede. In seinen Ausführungen entwickelte er in großen Zügen die Geschichte des Sozialismus und schilderte die historische Mission der sozialistischen Lehre, ihr Wirken und Kämpfen um die Menschenheitsrechte. Namens der Ortsgruppe nahm der Vorsitzende das neue Banner in Empfang und erlegte das Gelöbnis ab, daß es in friedlichen und stürmischen Tagen der Sozialdemokratischen Ortsgruppe Potsdam voranleuchten solle. Das Banner ist ein Geschenk der Frauengruppe Potsdam.

Falsche kommunistische Aufzählungen. In der bekannten unheimlichen Form wird in der „Koten Fahne“ unser Genosse Tischmann aus der Schützmannstraße angefahren, weil er als Wahlleiter des 844. Wahlbezirks Kommunisten in frecher, brutaler Tonart aus dem Wahllokal gewiesen haben soll. Genosse Tischmann weist jetzt in einer Zuschrift und in der Abdruck einer an die „Kote Fahne“ gesandten, von allen Mitgliedern des Wahlkomitees unterzeichneten Berichtigung, die aber die „Kote Fahne“ nicht veröffentlicht hat, nach, daß sich alles in besserer Ordnung abgespielt hat. Das Arbeitszimmer des Wahlkomitees war sehr klein, so daß für Nachzügler kein Raum vorhanden war. Die „Kote Fahne“ ist jedoch, wie man das schon kennt, bei ganz anderen Leute zu Hause.

Das Rose-Theater besitzt die Geschmackslosigkeit, in einer U-Berliner Woffe „Das Mädchen von Schöneberg“ eine gereimte Unterhaltung über den Ragdeburger Prozeß einzurichten. Allen Theaterbesuchern, die in der Herabwürdigung des Reichspräsidenten eine Befriedigung der Republik sehen und die an derartigen Antempelungen keinen Gefallen finden, wird daher das alte Stück keine Freude machen.

Stillefeier der Gewerkschaft Deutscher Bühnenangehörigen. Die Gewerkschaft Deutscher Bühnenangehörigen veranstaltete gestern in sämtlichen Räumen des Hotels „Der Kaiserhof“ angereicherter Unterhaltungsstellen eine Stillefeier mit besonders ausserordentlichem Programm und anschließendem Festball. Das nähere Programm wird noch bekannt werden. Beteiligung: Karl Weich, Musikalische Leitung: Kapellmeister Arthur Guttman. Eintritt pro Person 40 Pf. einschließlich Souper. Stillefeierungen werden schon heute im Hotel „Der Kaiserhof“ (Telephon Zentrum 10100-10110) und im Festleitungsbureau, Berlin W., Reihstr. 11 parterre, Zimmer 5 (Telephon Köpenick 5680) entgegen genommen.

Standung eines deutschen Dampfers. Der deutsche Dampfer „Claus Horn“ aus Hensburg ist gestern auf dem Clefantenrunde bei Komsoj im Großen Belt gestrandet. Ein Bergungsdampfer ist von Korsör zur Hilfeleistung abgegangen.

